



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/201

30. August 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Zum Kongress der Liberalen in Stuttgart	S.1
Englische Panzer-Gespräche	S.3
Mißgriff des NWDR im Bauarbeiter-Streik	S.4
Zum Hamburger Freispruch	S.6
Vor neuen Säuberungswellen in der SED	S.7

Freiheit als Vorwand?

P.R. Die internationale Jahresversammlung der Liberalen Weltunion, die diesmal in Stuttgart stattfand, hat in den sechs Tagen ihrer Beratungen zu keinem Ergebnis von überdurchschnittlichem Gewicht und keinen Erkenntnissen von nennenswerter Originalität geführt. Die Forderungen, niedergelegt in einer Reihe von Entschliessungen, beziehen sich u.a. auf die Einheit Europas, auf die volle Unterstützung des Kampfes der UN für die Freiheit, auf die Gleichstellung von Flüchtlingen und Einheimischen in allen Ländern und - die Beseitigung des Pass- und Visumzwanges. Ein Weg aus dem Dilemma, in dem sich der liberale Gedanke in dieser Zeit befindet, wurde nicht gezeigt.

"Freiheit" war stets das beherrschende Stichwort dieser Geistesrichtung. In den liberalen Parteien der verschiedenen Staaten hat man nach dem Ende des Krieges aus dem Überdruß und Abscheu der ganzen Welt vor jeder Form von Zwang - der krassen der Diktatur und der gemässigten der Kriegswirtschaft in den Demokratien - mit einigem Erfolg politisches Kapital geschlagen. Bezeichnenderweise war das dort überhaupt nicht oder kaum merklich der Fall, wo der freiheitliche Sozialismus Gelegenheit zu praktischer Bewährung hatte.

Wenn Anhänger des Liberalismus es lieben, von seiner Restauration in der Zeit nach dem Kriege zu sprechen, so verwechseln sie - meist wohl absichtlich - partielle äussere Erscheinungen mit dem, was das Wesen einer Erneuerung ausmacht, mit der inneren Wendung. Davon aber gerade ist nirgends etwas zu spüren. Die ursprünglichen Ideen aus der Zeit

der Entstehung des Liberalismus, d.h. aus der Zeit seines Kampfes gegen die Reaktion und für einen gemässigten Fortschritt, des Ringens für geistige und politische Freiheit, sind aufs Ganze gesehen seit langem weitgehend rein wirtschaftlichen, an materielle Zwecke gebundenen Denkformen gewichen, auch wenn einige Männer der alten Schule, wie z.B. der Bundespräsident, damit recht unzufrieden sind und sich dieser Entwicklung entgegenzustemmen versuchen. Heute sind die liberalen Kreise die ausgeprägtesten Vertreter des "Freien Spiels der Kräfte", des modernen Restkapitalismus und an die Stelle ihres früheren Kampfes um Geistesfreiheit, die in demokratischen Staaten ohnedies gewährt ist, trat vor Jahrzehnten schon, etwas grob gesprochen, der Grundsatz der Freiheit des maximalen Verdienstes.

Die Wortführer des Liberalismus nehmen mit Stolz für sich in Anspruch, die eigentlichen und wirksamsten Gegner des Kollektivismus jeder Spielart zu sein, "während der Sozialismus durch seine Herkunft immer noch in gewisser Verbindung zu totalen Entwicklungen steht", wie jetzt erst wieder in Stuttgart Dr. Schärer von der FDP erklärte. Das ist die alte irreführende Behauptung. In Wahrheit ist es so, dass nicht die extreme Ungebundenheit des einzelnen, nicht seine möglichst weitreichende Beziehungslosigkeit zum Ganzen, auch nicht die durch die politische Praxis immer wieder als unaufrichtig erwiesene, also im Grunde nur re-
densartliche soziale Verpflichtung wirksame Gegengewichte einer totalitären Entwicklung sind. Dies Verdienst kommt der möglichst weitgehenden Verwirklichung sozialer Forderungen in einem freiheitlich demokratischen Staat zu, denn nur sie entzieht den zum Totalitären und zum absoluten Kollektivismus neigenden Kräften den Boden.

In diesem Sinne war das Wort des Schweizer Delegierten Dr. Boerlin-Widmer ein bemerkenswerter Hinweis, der vor allem von seinen Gesinnungsfreunden beherzigt werden sollte: "Die Freiheit darf nicht der Preis der sozialen Sicherheit sein. Aber es darf auch heute nicht im Westen geschehen, dass unsere Freiheit zum Vorwand wird, um die soziale Sicherheit zu verweigern".

- - -

Aktuelle englische Panzer-Gespräche

B.C. London, im Aug.

Seit der Ankündigung des Wiederaufrüstungsprogramms ist in England die jahrzehntealte Debatte über die Vorzüge und Nachteile verschiedener Panzertypen, die nie völlig eingeschlafen war, wieder lebhaft aufgeflammt. In Artikeln und Briefen an die Redaktion der "Times" und verschiedener Militärfachblätter vertreten die Experten ihren jeweiligen Standpunkt, und selbst unter dem zivilen Laienpublikum ist das Interesse gross, obwohl zumeist rein akademisch, da immer noch niemand recht an die Möglichkeit eines Ernstfalles glauben will. Der Streit dreht sich um die alte Frage, ob es im Meer zwei Panzertypen geben soll - den schweren oder "Infanterietank" und den leichten "Kreuzer" - oder "Kavallerietank" - oder vielmehr nur einen einzigen Typ, den "general purpose" Tank zu allgemeiner Verwendung.

Diese Diskussion hat seit dem geheimnisumwitterten Bau der ersten Panzer in England im Jahre 1916 oft schon die Gemüter bewegt. Ursprünglich sah man im Panzer ein Mittel, der grabenstürmenden Infanterie die überlegene Feuerkraft mitzugoben. Der Tank sollte zusammen mit den stürmenden Infanteriewellen den Gegner niederrollen. Aber schon damals vertrat eine kleine Gruppe von Fachleuten, die von dem damaligen Obersten J.F.C. Fuller geführt wurde und der auch Hauptmann Liddell Hart angehörte, den Gedanken einer strategischen Verwendung der Panzerwaffe zu Zwecken, die in früheren Kriegen zum Bereich der Kavallerie gehört hatten. Sie dachten an starke Panzerverbände, die weit im Rücken des Feindes dessen Verbindungslinien stören oder vernichten sollten, um so eine Entscheidung herbeizuführen. Bevor sie sich Gehör verschaffen konnten, war der Krieg aus und die Idee der strategischen Panzerwaffe verkümmerte in den Schreibtischen der "Büro-Generale". Erst von 1926 bis 1929 wurden Geldmittel bewilligt, um Experimente in beweglicher Kriegführung durchzuführen. Die gewonnenen Erfahrungen verarbeitete Liddell Hart in mehreren Memoranden und Büchern, die noch heute klassischen Wert haben.

Während man sich aber in England mit der Theorie begnügte, griff ein junger deutscher Offizier, Heinz Guderian, die englischen Erfahrungen auf und entwickelte daraus die im Sommer 1940 zum Durchbruch und Sieg der deutschen Armee im Westen führten. Guderian selbst hat sich nach dem letzten Kriege schriftlich als einen "Schüler LiddellHarts" bezeichnet, dessen Schriften und Theorien er "alles verdanke".

In England zog man erst 1936, als Hore-Belisha Kriegsminister

wurde, Konsequenzen aus den Experimenten. Und auch dann siegte die Schule der zwei Typen. So kam es, dass 1939 England mit einem langsamen Infanterietank, dem "Valentine", und einem leichten, schnellen Kavallerietank, dem "Crusader" ins Feld zog. Beide erwiesen sich als unzulänglich. Im Feuer deutscher 8,8 cm-Flak war der "Valentine" sogar noch verwundbarer als der leichter gepanzerte "Crusader", weil er weniger wendig war. Doch im Verlaufe des Krieges sodann (nach Mißgeburten wie "Grant" und "Lee") entwickelte amerikanische "Sherman" war zwar schnell und wendig genug, trug auch ein Geschütz von genügender Durchschlagskraft, war aber im Fahrdienst unzuverlässig und wirkte nur durch die Masse seiner Zahlen. Gegen Ende des Krieges zeigte sich, dass der ursprünglich als "Infanterietank" entwickelte "Churchill" sich gut für die mobile, strategische Aufgabe eignete und auf alliierter Seite der einzige Tank war, der es mit dem deutschen "Tiger" aufnehmen konnte - der Durchbruch und Vorstoss vom Rhein nach Schleswig-Holstein wurde fast ausschliesslich von diesem Typ getragen.

Der aus dem "Churchill" fortentwickelte gegenwärtige Panzertyp der britischen Armee scheint in Schnelligkeit, Wendigkeit, Panzerung, Bestückung, technischer Einfachheit und Zuverlässigkeit geeignet, der "Einheitstyp" zu allgemeiner Verwendung zu werden, mit dem die Streitkräfte ausgerüstet werden, die die Verteidigung Westeuropas zu übernehmen haben. Es hat den Anschein, dass sich die Schule von Fuller und Liddell-Hart soweit durchgesetzt hat. Die Vorteile des Ersatzteilnachschiebs und der Bemannung liegen bei der Verwendung ^{nur} eines Panzertyps auf der Hand. Gegenüber der Roten Armee, die zumindest zwei Typen unterhält - den schnellen "T 34" und den schwergespanzten "Josef Stalin III", welcher letzterer aber auch unter Nachschubschwierigkeiten leidet, könnte die Vereinfachung von entscheidendem Vorteil sein.

Rundfunk-Provokationen

R.D. Die Bauarbeiter streiken. Sie kämpfen um einen Ausgleich gegenüber den Verteuerungen der Lebensmittel. Lange haben die Gewerkschaften die Bundesregierung gewarnt und energische Maßnahmen gegen die Preistreiberei gefordert. Die Bundesregierung hat jedoch nichts dagegen unternommen, denn schliesslich war es ihre Steuer- und Wirtschaftspolitik, insbesondere ihre Preis- und Einfuhrpolitik, die den Anstoss zu den Preistreibereien gegeben haben. Viele billige Versprechen und Erklärungen sollten die Arbeitnehmer hinhalten und sie an die Verschlechterungen gewöhnen.

Jetzt ist ihre Geduld am Ende, sie streiken. Und das ist eine günstige Gelegenheit für Provokateure, die Tatsachen in ihr Gegenteil zu verkehren und die Folgen solcher Politik auf jene abzuwälzen, die sich entschlossen, sich zu wehren. Einer dieser Provokateure ist der Rundfunk-Kommentator Dr. Hans Otto Wesemann, und das nicht erst neuerdings.

Da schildert er in seiner wirtschaftlichen Wochenchronik die Wirkung von Lohnerhöhungen im Baugewerbe, die nicht etwa zu Lasten der Bauunternehmer, sondern der Bauherren, insbesondere der Steuerzahler beim öffentlichen Wohnungsbau, gehen und die letztlich zur Einschränkung des Wohnungsbaues zugunsten der Vertriebenen führen müssen. Diese an sich richtige Tatsache führt er aber darauf zurück, dass die Bauarbeiter mit ihrer Forderung die Lohnpreisspirale in Gang gesetzt hätten. Das ist eine absichtlich herausfordernde Verdrehung der Tatsachen, deren sich ein Eisler oder Goebbels nicht zu schämen brauchte - vielleicht in Anlehnung an seine praktische Betätigung im "Reich", der NS-Wochenzeitung. Richtig ist dagegen und Herr Wesemann weiss das sehr wohl, dass die Regierung mit ihrer Politik die Freislohspirale in Gang setzte. Ihm aber kam es darauf an, Stimmung gegen die Bauarbeiter und ihre Forderungen zu machen.

Und eines verbitten sich die Arbeitnehmer mit aller Energie: sie lassen sich von einem Verfechter unternehmerischer Interessen und der Regierungspolitik - davon wäscht auch der Seitenhieb auf Niklas Einfuhrpolitik nichts ab - nicht vorhalten, sie betrieben mit ihrer "Störung der Wirtschaft" Handlangerdienste für den Osten. Mit solchen infamen Unterstellungen sind die berechtigten sozialen Ansprüche der westdeutschen Arbeitnehmer nicht mehr aufzuhalten. Sie können nur noch zu weiterer Verbitterung und zur Verhärtung des Kampfes beitragen. Die Arbeitnehmer verbitten sich diese Form der Auseinandersetzung umso mehr, als ihnen bekannt ist, dass nicht nur die Gewerkschaften, die Bundestagsopposition, erhebliche Teile der bürgerlichen Mitte und der unabhängigen deutschen Presse, sondern ebenso alliierte Kreise der Auffassung sind, dass gerade die unsoziale Wirtschaftspolitik der Bundesregierung den östlichen Zielen in die Hände arbeitet. Und sie verbitten sich diese Methoden insbesondere von einem Rundfunk, den sie in erheblichem Umfang mitfinanzieren.

Im Falle Dr. Hans Otto Wesemann kann sich der Rundfunk auch nicht hinter der "persönlichen Meinung" des Kommentators verstecken. Die Meinung des Privatmannes Wesemann ist dem Hörer völlig gleichgültig. Aber dem Privatmann stände nicht das Mikrophon des Kölner Senders für eine regelmässige Programmsendung zur Verfügung. Hier spricht der Redakteur der Abteilung Wirtschaft beim Sender Köln. Wir verlangen auch hier Objektivität vom Rundfunk und die Möglichkeit, solchen absichtlich irreführenden Darstellungen im gleichen Zeitumfang sofort entgegen zu können.

Freigesprochene Denunzianten

(sp). Das Hamburger Schwurgericht hat den früheren Leiter der Hamburger Schulbehörde, Prof. Schrewe und seinen Stellvertreter, Dr. von Wedel, der es mit 34 Jahren im Dritten Reich zum Landgerichtsdirektor gebracht hatte, von der Anklage des Verbrechens gegen die Menschlichkeit und der Freiheitsberaubung freigesprochen. Die Beweisaufnahme hatte ergeben, dass zwei Menschen auf Grund von Anzeigen der Hamburger Schulbehörde bei der Gestapo, für die die Angeklagten, besonders aber Herr v. Wedel, verantwortlich waren, in ein Konzentrationslager eingeliefert wurden und dort "verstarben", aber das verstieß offenbar keineswegs gegen die Menschlichkeit. Eines der Opfer war eine Studienassessorin, die sich geweigert hatte, in einem Kinderlandverschickungslager tätig zu sein. Noch Ende 1944 hatte es v. Wedel für nötig befunden, diese Frau der Gestapo zur "Umerziehung" zu empfehlen. Das war nach Meinung des Gerichts notwendig, um nicht weiteren Dienstverweigerungen der Hamburger Lehrerschaft Vorschub zu leisten.

Auch der Oberlehrer Holler musste sein Leben im KZ beenden, weil er es gewagt hatte, der Politik Hitlers nicht zuzustimmen und Herr v. Wedel seine defaitistischen Äusserungen "pflichtgemäss" der Gestapo anzeigte. Herrn von Wedel trifft nach Auffassung des Gerichts keine Schuld, im Gegenteil, nach der Urteilsbegründung hätte sich Herr v. Wedel schuldig gemacht, wenn er einen solchen Defaitisten nicht gemeldet hätte.

Nicht ohne tiefe Erschütterung muss jeder dieses Urteil aufnehmen, der jene Zeit miterlebt und gehofft hat, dass wenigstens bei nachweisbaren Fällen unmenschlicher Handlungsweise von Trägern des damaligen Systems eine Sühne erfolgen würde. Während jene aufrechten Menschen Opfer eines Systems der Unmenschlichkeit wurden und kaum noch jemand nach ihnen fragt, sitzen die Mithelfer an solchen Verbrechen nicht nur auf Grund "wohlerworbener" Rechte wieder in Amt und Würden, sondern werden von den ordentlichen Gerichten noch entschuldigt. Hat man denn gar kein Verständnis für das Unmoralische eines solchen Verhaltens? In zahlreichen Fällen haben Schulaufsichtsbeamte von "defaitistischen" und "staatsfeindlichen" Äusserungen und einer antinazistischen Haltung der ihnen unterstellten Lehrer gewusst. Sie haben es trotzdem nicht als ihre "Pflicht" angesehen, diese Lehrer der Gestapo anzuzeigen, weil ihnen ihr Gewissen verbot, den Foltermethoden des dritten Reiches Vorschub zu leisten. Vielleicht werden sie sich demnächst vor einem Gericht wegen "Pflichtvergessenheit" zu verantworten haben. Möglich scheint bei einer so "objektiven" und "unabhängigen" Justiz alles zu sein.

Es wird weiter gesäubert

(sp) Aus einer stets gut unterrichteten Quelle wird bekannt, dass mit einer neuen Säuberungsaktion in der SED zu rechnen sei. Sie werde sich hauptsächlich gegen ehemalige Emigranten richten, die in Mexiko und in den Vereinigten Staaten gelebt haben. Auf der letzten Sitzung des Zentral-Komitees wurde eine Entschliessung gefasst, die in ihrem Tenor gegen diese Emigranten gerichtet gewesen sein soll. Es wird behauptet, dass von der bevorstehenden Reinigungsaktion unter anderem der Chef des Sowjetzonen-Informationsamtes Gerhart Eisler, der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Paul Merker (der kürzlich aus dem Politbüro ausgebootet wurde) und der SED-Schriftsteller Alexander Abusch, Mitglied des Vorstandes des Sowjetzonen-Schriftstellerverbandes, betroffen werden.

+

Louis Fischer, der 14 Jahre unter dem Sowjet-Regime in Moskau lebte, schrieb kürzlich in einem Aufsatz über Stalin:

"Säuberungen sind Stalins Ersatz für demokratische Wahlen. Freie Wahlen erinnern die Mitglieder der Regierung und des Parlamentes daran, dass sie ihre Macht von den Wählern haben. Säuberungen erinnern die Überlebenden daran, dass sie ihre Macht dem Allgewaltigen verdanken."

+

Übertritte zur SPD

Anträge auf Aufnahme in den Ortsverein Hannover der SPD stellten Helmut Schmalz, ehemaliges Mitglied der kommunistischen Fraktion des Niedersächsischen Landtags, Edu Wald, Redakteur der Bezirksausgabe Niedersachsens der "Welt der Arbeit", des Organs des DGB, Frida Deutschmann, ehemals Verlagsleiterin in der früheren kommunistischen Zeitung "Die Volksstimme" und der Journalist Hans Peter Schlobben. Die Genannten waren vor längerer Zeit aus der KP ausgetreten.

+

Glückwunsch für Prof. Wilbrandt

Zu seinem 75. Geburtstag hat Herta Gotthelf, die Frauensekretärin beim Vorstand der SPD in Hannover, ein Glückwunschtelegramm an Prof. Robert Wilbrandt gesandt, in dem des Jubilars in dankbarer Anerkennung seiner Arbeit für die berufstätigen Frauen gedacht wird.